

## Anschober fordert Lösung für Lehrlinge

**LINZ** Der oberösterreichische Landesrat Rudi Anschober (Grüne) hat am Mittwoch an die Politik appelliert, rasch Gespräche über eine Lösung für die von der Abschiebung bedrohten Asylwerber, die als Lehrlinge in Mangelberufen beschäftigt sind, aufzunehmen. Besonders Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) forderte er auf, für die Hunderten Betroffenen eine menschliche und wirtschaftlich vernünftige Lösung zu finden.



Es müssten rasch Gespräche aufgenommen werden, sagt der Grünen-Politiker. APA

## Direktabrechnung mit Ärzten

**WIEN** Zwei private Versicherungsunternehmen wollen Behandlungskosten direkt mit den Ärzten abrechnen. Bisher müssen privat versicherte Patienten ihre Wahlarzt-Rechnungen in der Regel vorstrecken und erhalten das Geld dann von der Versicherung ersetzt. Laut „Presse“ arbeiten UNIQA und die Merkur an einem Netz von Vertragsärzten. „Die Direktverrechnung wäre schon ein Unterschied zur bisherigen Praxis“, sagte dazu ein Sprecher der Ärztekammer.

## FRAGE DES TAGES

Soll Hartinger-Klein die Studien zur eingestellten Aktion 20.000 veröffentlichen?



560 Teilnehmer

**HEUTIGE FRAGE** Sollen Asylwerber, die als Lehrlinge in Mangelberufen beschäftigt sind, abgeschoben werden?

Antwortmöglichkeiten bis 19 Uhr auf [fragedestages.vol.at](http://fragedestages.vol.at)

## Ministerrat um knapp 50.000 Euro

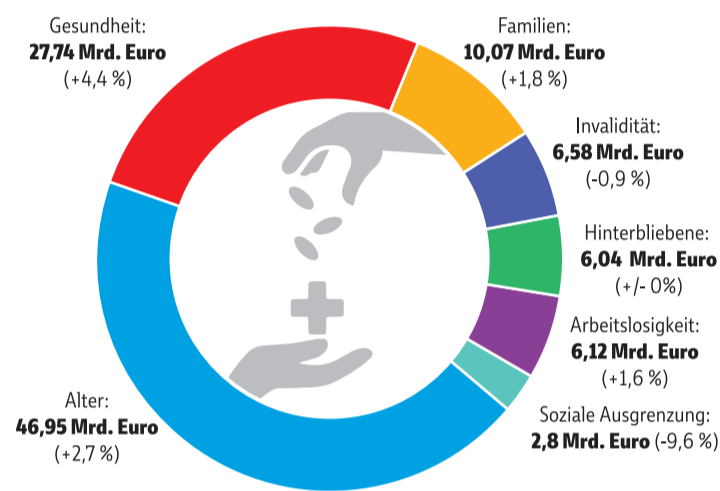
**WIEN** Die Regierungssitzung in Brüssel am 6. Juni hat genau 48.245,87 Euro gekostet. Das geht aus einer Anfrageserie der Grünen an die Ministerien hervor. Demnach sind für den Ministerrat insgesamt 59 Personen angereist - neben den Ministern auch zahlreiche Mitarbeiter. Die höchsten Reisekosten hatte laut einer Aufstellung der Grünen Innenminister Herbert Kickl (FPÖ). Gedauert hat die Sitzung nur eine Stunde, nämlich von 10:15 bis 11:15 Uhr.

# „Pensionsalter muss steigen“

Wirtschaftsforscher Keuschnigg spricht von 68 oder 70 Jahren.

**WIEN** „Wenn ich vornehmlich Leute sekkieren und politische Signale setzen will, beschränke ich mich darauf, die Mindestsicherung zu kürzen und die Familienbeihilfe zu indexieren. Wenn ich dagegen wirklich etwas bewegen möchte, dann muss ich vorerst in den drei Bereichen ansetzen, die den Großteil der Gesamtausgaben bilden und die sich noch dazu sehr dynamisch entwickeln: Pensionen, Gesundheit und Pflege“, sagt der Sozialexperte Bernd Marin (70). Anlass: Aktuelle Zahlen, die die Statistik Austria gerade vorgelegt hat. Demnach haben sich die Sozialausgaben 2017 auf 106,3 Milliarden Euro belaufen. Gemessen an der Wirtschaftsleistung ist das zwar ein leichter Rückgang auf 29,5 Prozent gewesen. Würde man zum Niveau der mittleren 2000er Jahre zurückkehren wollen, müssten sie jedoch um neun Milliarden Euro niedriger sein.

## Sozialausgaben 2017 und Veränderung gegenüber 2016



- Alter: Pensionen, Pflegegeld für ab 60-/65-Jährige, ...
- Gesundheit: Spitäler, ...
- Familien: Familienbeihilfe, ...
- Invaldität, Gebrechen: Pflegegeld für unter 60-/65-Jährige, ...
- Hinterbliebene: Witwenpensionen, ...
- Arbeitslosigkeit: Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, ...
- Soziale Ausgrenzung: Mindestsicherung, Flüchtlingshilfe, ...

VN-GRAFIK, QUELLE: STATISTIK AUSTRIA

## Bruchteil der Gesamtausgaben

Das Problem: Staatsausgaben sind zu einem erheblichen Teil Sozialausgaben. Und hier fallen zwar Flüchtlingshilfe und Mindestsicherung so sehr ins Gewicht, dass ÖVP und FPÖ auch in diesem Bereich ansetzen müssen, wie Christian Keuschnigg (59) bestätigt, der als Wirtschaftsprofessor an der Universität St. Gallen tätig ist. In

Summe entfallen laut Statistik Austria aber knapp 2,3 Milliarden Euro darauf. Und das ist nur ein Bruchteil der Gesamtausgaben. Für den Punkt „Alter“, der etwa Pensionen und das Pflegegeld für Frauen ab

60 und Männer ab 65 enthält, sind 46,95 Milliarden Euro nötig. Für Gesundheit weitere 27,74 Milliarden Euro. Tendenz: steigend. Also vermissen Experten wie Marin, dass hier ebenfalls Maßnahmen ge-

setzt werden: „Nicht nur von neoliberaler Seite wird hier die bisherige Säumigkeit der Regierung kritisiert. Sie setzt keine wirkungsvollen Maßnahmen und schafft damit auch keinen Spielraum für eine Entlastung: Diese Quadratur des Kreises wird noch zu klären sein.“

Die Sozialausgaben-Statistik umfasst auch Versicherungsleistungen, für die Betroffene einen Anspruch erwerben. Allerdings ist Steuergeld immer mit im Spiel. Zum Beispiel in Form des Bundeszuschusses zu den Pensionen, der 2017 neun Milliarden Euro betragen hat.

## Reformen sofort nötig

Bei den Altersausgaben fällt Christian Keuschnigg ebendies frappant auf, wie er sagt: Ihr Anteil an den Sozialausgaben ist seit 1980 von 32 auf zuletzt 44 Prozent gestiegen. Weitere Reformen wären seinen Angaben zufolge daher sofort nötig. Wobei es vermieden werden sollte, Leistungen zu kürzen oder Beiträge zu erhöhen, so Keuschnigg: Stattdessen sollte das Pensionsalter angehoben werden. „Ich kann mir das österreichische Pensionssystem nur dann leisten, wenn die Leute entsprechend länger arbeiten. In einem längerfristigen Prozess von drei Monaten pro Jahr müsste man dazu in Richtung 68 oder 70 gehen.“ **JOH**

## Klimaschutz als SPÖ-Thema

**WIEN** Die SPÖ will sich als Verfechter einer toleranten und weltoffenen Gesellschaft positionieren und setzt dabei auch auf grüne Kernkompetenzen wie den Klimaschutz. „Mein Ziel ist es nicht, die nächste Umfrage zu gewinnen, sondern die Sozialdemokratie in Österreich und Europa als gestaltende Kraft zu erhalten“, sagte Parteichef Christian Kern am Mittwoch. Die SPÖ wolle sich öffnen und die Mitsprache von Mitgliedern und Sympathisanten stärken. Am Dienstag waren in Vorstand und Präsidium das neue Grundsatzprogramm und eine Organisationsreform beschlossen, sowie die Mitgliederbefragung darüber besprochen worden. Die stellvertretende Bundesgeschäftsführerin Andrea Brunner zeigte sich über die Beteiligung bei der Befragung (22 Prozent) erfreut. Auch hob sie die Zustimmung zum Programm (86 Prozent) und zur Organisationsreform (72 Prozent) hervor.



Die Mitsprache von Mitgliedern und Sympathisanten werde gestärkt, sagt Kern. APA

## Sparprogramm der AUVA soll weitgehend feststehen

Mit dem kolportierten Konzept ist die Auflösung vom Tisch.

**WIEN** Das Sparprogramm der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) dürfte weitgehend feststehen. Übereinstimmenden Medienberichten zufolge dürfte die AUVA selbst erhalten bleiben. Eine Eingliederung in andere Träger gilt laut Verhandlern als unwahrscheinlich. Die AUVA wollte dies am Mittwoch nicht kommentieren. Eine Sprecherin verwies darauf, dass das Konzept am 21. August vom AUVA-Vorstand beschlossen und der Politik übermittelt werden soll. Diesem Beschluss wolle die AUVA nicht vorgehen und Details erst danach bekannt geben.

## Krankenhäuser bleiben offen

Die Vorgabe der Regierung lautete, bis Ende 2019 ein Konzept zur Einsparung von 500 Millionen Euro vorzulegen, womit der von den Unternehmern zu leistende Unfallversicherungsbeitrag von 1,3 auf 0,8 Prozent gesenkt und damit die Lohnnebenkosten um 500 Millionen Euro reduziert werden könnten. Andernfalls werde die

AUVA in die bestehenden Träger übergeführt. Letzteres soll jetzt mit den Einsparungsplänen der AUVA vom Tisch sein. Einsparen will man laut den Berichten vor allem in der Verwaltung. Von den tätigen rund 1500 Mitarbeitern sollen in den kommenden sechs Jahren 300 Stellen nicht nachbesetzt werden. Darüber hinaus sei eine Verschlankung der Struktur angedacht sowie eine effizientere Arbeitsweise. Anstelle 20 interner Organisationen soll ein zentrales Trägermodell treten, die

vier Landesstellen sollen zu „Landesbüros“ degradiert werden. Laut dem Programm sollen aber keine Krankenhäuser geschlossen werden, auch Leistungskürzungen seien nicht vorgesehen. Ebenso wenig sollen Ärzte oder Pfleger gekündigt werden.

Die Gewerkschaft wertet die kolportierten Pläne als Erfolg. Sollte dies stimmen, „dann ist es uns durch gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Protest gelungen, die Zerschlagung der AUVA und die Schließung von Spitälern zu verhindern“, sagte die geschäftsführende Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier, Barbara Teiber. „Das heißt aber nicht, dass wir uns zurücklehnen und auf die Ministerin vertrauen. Unsere Protestmaßnahmen gehen weiter, bis etwas Verbindliches vorliegt.“ Das Sozialministerium verwies auf die laufenden Gespräche. Sobald es eine Einigung gebe, werde diese kommuniziert, teilte das Ressort in einer Aussendung mit. Ministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) habe der AUVA einen klaren Reformauftrag erteilt. „Wenn sich nach jahrzehntelangem Stillstand hier etwas zum Positiven bewegt, ist das zu begrüßen.“



Die AUVA will offenbar vor allem in der Verwaltung sparen. APA

## Anfrage zu Kambodscha-Reise

**WIEN** Mit Blick auf die Kambodscha-Reise der FPÖ-Politiker Axel Kassegger und Johannes Hübner hat Listengründer Peter Pilz eine Anfrage an Außenministerin Karin Kneissl (FPÖ) angekündigt. Er wolle wissen, was sie und die FPÖ-

Führung über die Aktion wussten, sagte Pilz. Die Politiker sollen auf Einladung der kambodschanischen Regierung „privat“ als Wahlbeobachter eingereist sein. Kassegger bezeichnete die umstrittene Wahl als „höchst professionell“.

## KARIKATUR

## Klima-Wandel-Boat-People!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT